

DIE LINKE.

EUROPA
NUR SOLIDARISCH

Unser Spitzenduo Özlem Demirel und
Martin Schirdewan, hier mit Gregor Gysi

Mindestlöhne europaweit

Wir schaffen gute Mindestlöhne überall in Europa. Wir brauchen europaweite Regeln für gute Arbeit. Damit alle von Arbeit gut leben können.

Mehr für Bildung, Bus & Bahn

Überall in Europa fehlt Geld für Bildung, Nahverkehr, Gesundheit und sozialen Wohnungsbau. Wir sagen: Vorfahrt für das, was für alle da ist!

Waffenexporte stoppen

Waffenlieferungen aus der EU heizen Kriege an und treiben Menschen in die Flucht. Wir sagen Nein zu Waffenexporten und Aufrüstung.

Konzerne zur Kasse

Internationale Unternehmen drücken sich vor der Steuer und schädigen die Länder. Mindeststeuern, schärfere Kontrollen und Strafen helfen!

Wir wollen Europa. Sozial machen.

Für soziale Gerechtigkeit, mutigen Klimaschutz und Frieden

Wir wollen die Europäische Union verändern. Endlich eine soziale EU für alle, mit guter Arbeit und Schutz vor Armut! Das ist möglich mit höheren Mindestlöhnen, armutsfesten Renten und sozialen Garantien. Mit Investitionen in bezahlbare Mieten, gute Bildung und gute Gesundheitsversorgung. Das ist möglich in einer EU, die Konzerne und Superreiche gerecht besteuert.

Europa braucht eine starke LINKE. Denn die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten ist in Gefahr. Von Merkel bis Macron wird deutlich, dass die herrschende Politik kein glaubwürdiges Zukunftsversprechen mehr gibt. Sie setzt auf Kürzungspolitik statt auf Investitionen, sie setzt auf Niedriglöhne und Privatisierung. Diese Politik treibt Europa auseinander. Sie ist dafür verantwortlich, dass jeder fünfte Mensch in der EU von Armut bedroht ist.

Der Brexit und der Aufstieg der Rechtspopulisten sind auch auf diesem Nährboden gewachsen. Die Nationalisten wollen in die Vergangenheit der Schlagbäume, Grenzzäune und der Kriegs-

gefahr zurück. Dem setzen wir als LINKE eine klare Alternative entgegen: Wir sagen Ja zu Europa, aber wir wollen eine Europäische Union, von der alle Menschen etwas haben. Machen wir die Europäische Union zu einer tatsächlich sozialen, demokratischen, ökologischen und friedlichen Union. Das ist die beste Antwort auf die Rechten und Nationalisten!

Mit Ihrer Stimme: Europa geht besser.

Für viele Menschen ist Europa selbstverständlich: Sie machen Urlaub in Europa – wenn das Geld reicht. Ihre Kinder studieren im Ausland – wenn es keine Studiengebühren gibt. Sie arbeiten in Europa oder ihre Kolleginnen und Kollegen kommen aus dem Ausland. Alles könnte gut laufen, wenn sichergestellt wäre: Das heißt nicht die Konkurrenz an, weil die europäischen Kolleginnen und Kollegen mit Niedriglöhnen abgespeist werden.

DIE LINKE will ein starkes, soziales Europa. Wir sagen: keine Arbeit ohne

Eine Politik, die auf Aufrüstung und Rüstungsexporte setzt, spielt mit dem Feuer. Wir wollen eine EU, die abrüstet, die für Friedenspolitik und besonders auch in Osteuropa für Entspannungspolitik steht! Wir wollen eine EU, die keinen Flüchtling mehr im Mittelmeer ertrinken lässt! Die Bundesregierung wird die Klimaziele 2020 deutlich verfehlen. Wir

guten Lohn und den Schutz von Tarifverträgen. Wenn die Unternehmen in ganz Europa arbeiten lassen, müssen auch die Regeln für gute Arbeit und Steuern in ganz Europa gelten. Was nicht geht: Wenn Konzerne wie Amazon prozentual weniger Steuern auf ihre Gewinne zahlen als ein Bäcker. Wenn Banken Tipps geben, wie die Reichen sich vor Steuern drücken können. Wenn für die Schulsanierung Angebote aus ganz Europa eingeholt werden und nur gewinnt, wer billig anbietet. ■

Mitmachen und mit **DIE LINKE.** gewinnen! ▶ Seite 7

wollen ein Klimaschutz-Sofortprogramm für Europa, das die drohende Klimakatastrophe aufhält. Damit auch unsere Kindeskinde eine Zukunft haben! Die europäische Vergangenheit mit ihren Kriegen hat uns gelehrt: Europa geht nur friedlich, solidarisch und zusammen. Deshalb sind diese Europawahlen so wichtig. Im nächsten Europäischen Parlament braucht es eine deutliche Stimme der LINKEN. Eine Stimme für soziale Gerechtigkeit, Abrüstung und mutigen Klimaschutz. Sagen Sie es weiter und gehen Sie wählen! Gemeinsam können wir Europa verändern!

- Gregor Gysi will Europa den Banken entreißen Seite 3
- Das Spitzenduo der LINKEN zur Europawahl im Interview Seite 4
- Wie das Lohndumping in Europa gestoppt werden kann Seite 6

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesen Wochen wird in den Zeitungen und Talkshows, in Hörsälen und Kneipen viel diskutiert: Wollen wir mehr oder weniger Europa? Ja oder Nein zur Europäischen Union? Wir haben uns stattdessen gefragt: Wie können wir Europa besser machen? Wie wird die Europäische Union zu einer Gemeinschaft, in der alle Menschen gut leben und das Klima aufatmen kann?



Katja Kipping,
Parteivorsitzende

Um Europa zu retten, müssen wir diese Europäische Union gemeinsam verändern.

Was dabei herausgekommen ist, lesen Sie auf den folgenden Seiten. Vom garantierten Schutz vor Armut bis zur umweltfreundlichen Landwirtschaft, vom kostenfreien öffentlichen Nahverkehr bis zum europaweiten Mindestlohn – unser Programm sorgt dafür, dass Europa besser wird – für alle. Europa geht nur solidarisch. Dafür muss vieles in der Europäischen Union anders werden. Alle müssen einen gerechten Beitrag zum Gemeinwesen leisten – auch die großen Konzerne und Superreichen. Wir brauchen gemeinsame Regeln, die unseren Planeten schützen, damit die Kinder von heute in Zukunft frei entscheiden können, wie sie leben wollen. Wir sagen Nein zu einer europäischen Armee, die



Bernd Riexinger,
Parteivorsitzender

DIE LINKE ist Teil einer Bewegung für ein soziales und gerechtes Europa.

Europa in den Krieg führt. Wir wollen kein Zurück in die Vergangenheit. Was uns antreibt, sind Sie: Diejenigen unter Ihnen, die Europa Tag für Tag »machen«, in der Kita, am Fließband, im Büro oder einfach durch praktische Solidarität. Diejenigen unter Ihnen, die nur knapp über die Runden kommen. Diejenigen unter Ihnen, die auf die Straße gehen und für Umweltschutz kämpfen, für bessere Löhne, für sichere Häfen, für Menschen in Not und für die Freiheit zu sagen, was ist. Wir sind Teil dieser Bewegung für ein besseres Europa. Gemeinsam können wir viel bewegen! Machen wir den 26. Mai gemeinsam zu einem Ja für ein besseres Europa!

Katja Kipping und Bernd Riexinger

ABC für ein solidarisches Europa

12 LINKE-Forderungen, die Europa besser machen

Wir wollen die Weichen für ein soziales und funktionierendes Europa stellen. In dem der Mensch mehr zählt als der Profit. Mit sauberem Klima und guter Arbeit. Sozial gerecht für alle. Dafür braucht es Mut, Regeln und einen guten Plan. **DIE LINKE hat ihn.**



Holen wir uns Europa von den Banken zurück!

Gregor Gysi, Präsident der Europäischen Linken, plädiert für ein Europa der Solidarität

Am 26. Mai entscheiden die Europäerinnen und Europäer über ihre Zukunft. Sie entscheiden darüber, ob soziale Gerechtigkeit ins Zentrum der Politik der Europäischen Union gerückt wird. Und sie entscheiden darüber, ob mit gemeinsamen Lohn-, Umwelt- und Steuermindeststandards der Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten begrenzt wird, damit überall in Europa gute Arbeitsbedingungen und bessere Löhne durchgesetzt werden können. Auch wenn uns die europäische Bürokratie in Brüssel fern erscheint: Sie sollten unbedingt wählen gehen, um für Europa endlich einen neuen, einen sozialen Weg zu ebnen.

Davon ist die EU leider weit entfernt. Heute haben wir eine EU, in der jedes Land nur seinen eigenen Vorteil sucht. Die Mischung aus nationalem Egoismus, einer auf Wettbewerbsvorteile ausgerichteten Gemeinschaft und nur am kurzfristigen Geländegewinn interessierten Politik lässt die europäische Idee und gemeinsames Handeln verkümmern. Dabei wissen wir doch: Nur wenn Europa solidarisch handelt, wird es bestehen bleiben.

Merkel ist verantwortlich für die Krise

Die Mitverantwortung der Bundesregierung ist eindeutig. Den Umgang mit der Finanzkrise, in der Länder wie Griechenland zum Offenbarungseid gezwungen wurden, hat gerade die Bundesregierung forciert. Sie praktizierte ein deutsches Europa statt eines europäischen Deutschlands. Ich habe im Bundestag bereits bei der Einführung des Euro davor gewarnt, dass man einen Kontinent nicht über eine gemeinsame Währung einen kann. Die



Gregor Gysi wendet sich gegen nationale Egoismen

Einigung kann nur gelingen, wenn zugleich sozial, ökonomisch, in Umwelt- und Kulturfragen sowie im Steuerrecht gemeinsame Regelungen im Interesse breiter Bevölkerungsschichten angestrebt werden. Ansonsten gilt das billigste Angebot. Besonders gefährlich

SPD und auch die Grünen, den anderen europäischen Ländern einen Kürzungskurs verordnen zu können, der als Hartz IV, Reallohn- und Rentenkürzungsprogramm schon in Deutschland verheerend gewirkt hat. Diese Politik bereitet eine Entwicklung den Boden, die demokratische Rechte und Freiheiten bedroht und mit geistigen Schlagbäumen reale Mauern vorbereitet. Sie nimmt der europäischen Jugend die Perspektive. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas zeugt davon. Diese Politik will DIE LINKE ändern!

Wir wollen ein Europa, in dem Menschen solidarisch und friedlich zusammenleben. Ein Europa, in der für alle demokratische und einklagbare soziale Grundrechte gelten. Wir wollen im Einklang mit

Natur und Umwelt arbeiten und leben. Solidarität, bei der die einen für die anderen eintreten – auch in der Flüchtlingsfrage – ist möglich.

Dazu brauchen wir eine grundlegend andere Ausgestaltung der Europäischen Union und andere politische Mehrheiten im Europaparlament. Eine starke LINKE ist dafür Voraussetzung. Portugal hat mit einer linken Regierung in den letzten Jahren bewiesen, wie ein Land mit höheren Löhnen, höheren Renten, höheren Sozialleistungen und mehr öffentlichen Investitionen einen wirklichen Ausweg aus der Krise findet.

Die Demokratie in Europa stärken

Das Europäische Parlament gehört nicht abgeschafft, sondern gestärkt. Und niemand braucht eine EU als künftigen Weltpolizisten mit einer Interventionsarmee und immer höheren Rüstungsausgaben. Sie muss nicht nur den Frieden zwischen ihren Mitgliedsländern sichern, sondern weit darüber hinaus für den Frieden wirken. Es braucht den Mut und die Kraft zur Veränderung von immer mehr Menschen, damit wir Europa endlich so erleben können.

Uns allen muss es leid sein, uns von Rechtsextremisten, Rechtspopulisten, Nationalisten und Egoisten in eine von Kriegen, Zerstörung und Nationalismus geprägte Vergangenheit zurückstoßen zu lassen.

Es ist Zeit, dass wir uns Europa von den Konzernen und Banken, den Konzernlobbyisten, von den nationalistischen Kleingeistern, von den neoliberalen Besserwissern, von den Militärstrategen und von den Mauschlern in den Brüsseler Hinterzimmern zurückholen. Wir können und müssen dieses Europa anders machen. Gemeinsam sind wir stark genug. ■

» Wir wollen ein Europa, in dem alle solidarisch und friedlich zusammenleben.

für Europa ist eine Politik, die auf einseitige Exportüberschüsse setzt, so wie es Bundeskanzlerin Merkel in den vergangenen Jahrzehnten getan hat. Wie in Deutschland meinten CDU/CSU, FDP,

LINKS wirkt im Europaparlament

Lohndumping verhindert, den Kriegstreibern das Geschäft vermiest

Sieben Abgeordnete sitzen derzeit für DIE LINKE im Europäischen Parlament. Was die vier Frauen und drei Männer an Erfolgen vorzuweisen haben, kann sich sehen lassen. Dazu gehört die sogenannte Entsenderichtlinie, die im vergangenen Jahr auch auf Druck der Linksfraktion geändert wurde. Die Verschärfung der Regeln soll sicherstellen, dass ausländische Beschäftigte überall unter Tarifverträge und Mindestlöhne fallen. Etwa Bauarbeiter aus Polen, die auf deutschen Baustellen arbeiten. Für diese Beschäftigten sollen auch die hierzulande bestehenden Tarifverträge gelten. So müssen Arbeitgeber nicht nur Tariflöhne zahlen, sondern auch für Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten aufkommen. Bisher wurden diese oftmals vom Lohn abgezogen. Die von der LINKEN vorangetriebene Entsenderichtlinie verhindert also Lohn- und Sozialdumping. Die Handschrift der LINKEN ist auch an Gesetzen zu erkennen, die

weit über die Grenzen der EU hinausgehen. Wie in der Verordnung zu sogenannten Konfliktmineralien. Hinter vielen Konflikten, bei denen Menschen getötet, verletzt oder zur Flucht gezwungen werden, stehen handfeste wirtschaftliche Interessen. Oft finanzieren sich die Konfliktparteien durch den Handel mit Rohstoffen. Für den Zugriff auf solch wertvolle Mineralien und Erze wie Gold, Coltan,

Wolfram oder Zinn wird gemordet. Die Rohstoffe werden zu Geld gemacht, mit dem Geld werden Waffen gekauft, mit mehr Waffen werden Konflikte weiter angeheizt. Eine Endlosschleife.

Im Jahr 2014 schlug die EU-Kommission deshalb eine Verordnung vor, nach der Unternehmen freiwillig auf den Handel mit den sogenannten Konfliktmineralien verzichten sollten. Das Europaparlament hat dies im Mai 2015 in eine verpflichtende Verordnung für einige Erze umgeändert. Linksfraktion und außerparlamentarische Opposition machten gemeinsam weiter Druck. Schließlich war es so weit: Im März 2017 beschloss das Europaparlament nahezu einstimmig ein Gesetz, das Unternehmen dafür in die Pflicht nimmt, mit ihren Geschäften keine Waffen in Konfliktgebieten zu finanzieren. »Ein guter Tag für Menschen in Konfliktregionen«, sagt Helmut Scholz, Kandidat der LINKEN für die Europawahl. ■

Jetzt anmelden:
www.die-linke.de/messenger

Ihr wollt aktuelle LINKE-Infos erhalten? Einfach unseren Messenger-Dienst bestellen!

DIE LINKE hat erreicht:

- **Entsenderregeln:** Die Verschärfung der Regeln soll sicherstellen, dass ausländische Beschäftigte überall unter Tarifverträge und Mindestlöhne fallen.
- **Digitalsteuer:** Der Parlamentsbeschluss soll es ermöglichen, große Internetkonzerne endlich zur Kasse zu bitten.
- **EU-Stromrichtlinie:** Die Strompreise werden nicht dem freien Markt allein überlassen. So kann Energiearmut verhindert werden.
- **TTIP:** Der Widerstand gegen das Freihandelsabkommen TTIP hat mit dazu geführt, dass die Verhandlungen zwischen der EU und den USA abgebrochen wurden.

»Wir kämpfen für ein soziales Europa«

Interview mit dem Spitzenduo der LINKEN: Özlem Demirel und Martin Schirdewan

Özlem und Martin, ihr seid die Spitzenkandidaten der LINKEN im Europawahlkampf. Welche Themen stehen bei euch im Mittelpunkt?

Özlem: Wir kämpfen für Gerechtigkeit, für Menschenrechte und ein soziales Europa. Wir wollen Schluss machen mit der Kürzungspolitik auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Es geht um soziale Mindeststandards und europaweit gute Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen, die vor Armut schützen und auch kontrolliert werden. Statt Trinkwasser, Energieerzeugung oder die Bahn zu privatisieren, müssen wir die öffentliche Hand stärken. Weder unsere Umwelt noch Grundbedürfnisse wie Gesundheit und Wohnen dürfen zum Spielball profitierender Konzerne werden. Es braucht eine soziale und ökologische Wende in der Politik – dafür wollen wir streiten.

Martin: Wir setzen uns für europäische Mindestlöhne ein, die ein Leben in Würde garantieren. Wir wollen der Steuerflucht von Konzernen und Millionären einen Riegel vorschieben. Wir wollen Steueroasen austrocknen und Banken strenger kontrollieren. Wir widersetzen uns Kriegstreibern und Waffenlobbyisten. DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die sich konsequent gegen die Aufrüstung der Europäischen Union einsetzt. Wir sind gegen eine europäische Armee, wie sie von Merkel und Macron gefordert wird. DIE LINKE wird alle Hebel bewegen, um die Spirale der Aufrüstung zu stoppen.

Wofür wollt ihr in Brüssel kämpfen?

Özlem: Als Gewerkschafterin werde ich dagegen kämpfen, dass hart arbeitende Menschen durch Lohndumping gegeneinander ausgespielt werden. Angesichts der Aufrüstung der EU ist es zudem extrem wichtig, für Abrüstung einzutreten. Wir beobachten aber das Gegenteil. Ich finde es skandalös, dass in der EU für Aufrüstungsprojekte Gelder zur Verfügung gestellt werden und gleichzeitig im Sozialen gekürzt wird.

Martin: Ich bin Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Dort geht es um Themen wie die Einführung einer Digitalsteuer oder die zukünftige Politik in der Eurozone und der EU. Zudem kümmere ich mich um Finanzkriminalität, also um den Kampf gegen Geldwäsche, Betrug und Steuerhinterziehung. Ich will auch weiterhin dafür sorgen, dass wir hier Druck von links machen. Wir dürfen die EU nicht den Konzernen und Superreichen überlassen.

Was kann DIE LINKE und was könnt ihr im Parlament tatsächlich erreichen?

Özlem: In Brüssel wird vieles entschieden, was ganz konkrete Auswirkungen auf unser Leben hat. Viele Menschen bekommen das aber nicht mit. So wollte die EU die Kommunen zwingen, ihre Wasserwerke zu privatisieren. In



Özlem Demirel: Gewerkschaftssekretärin bei ver.di. Sie kam als Tochter einer Familie, die aus politischen Gründen 1989 aus der Türkei floh und war Parlamentarische Geschäftsführerin der NRW-Landtagsfraktion DIE LINKE.

Martin Schirdewan: Europaabgeordneter für DIE LINKE. Der Politikwissenschaftler wurde 1975 in Berlin (Ost) geboren und kümmert sich im EU-Parlament um Wirtschafts- und Währungsfragen.

Brüssel laufen viele Konzern-Lobbyisten herum, aber die Verkäuferin aus Dortmund hat dort keine Stimme. Wir wollen den hart arbeitenden Menschen, der Mittelschicht und armen Menschen eine starke Stimme im EU-Parlament geben. Während die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, wird Steuervermeidern

wie Amazon und Co. der rote Teppich ausgerollt. Wir wollen endlich Steuergerechtigkeit und dafür Konzerne und Superreiche in die Pflicht nehmen. Und für solch eine Gerechtigkeitswende müssen wir mehr werden. Im Parlament und auf der Straße. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit den vielen, die sich eine andere Politik wünschen, auch eine gerechte Politik durchsetzen können.

Martin: Wir müssen die Öffentlichkeit wachrütteln, damit wir Mehrheiten gewinnen für gerechte Veränderungen. So können kleine Fraktionen viel erreichen, wie wir auch mit dem Beschluss zur Digitalsteuer zeigen konnten. Mehrheiten spielen nicht

nur im Parlament eine wichtige Rolle. Sobald die Herrschenden registrieren: Da haben wir etwas gemacht, was unseren Wählerinnen und Wählern gar nicht passt, rudern sie zurück und ändern ihre Politik. Niemand muss sich einreden lassen, dass es nicht anders geht. Nur wer von der aktuellen Lage profitiert, behauptet, dass es keine Alternativen gibt. ■

» In Brüssel laufen viele Konzern-Lobbyisten herum, aber die Verkäuferin hat dort keine Stimme. Wir müssen ihre Interessen dort vertreten.

Özlem Demirel

» Wir setzen uns für europäische Mindestlöhne ein, die ein Leben in Würde garantieren.

Martin Schirdewan



Unser »Team Europa«

1. Martin Schirdewan
2. Özlem Demirel
3. Cornelia Ernst
4. Helmut Scholz
5. Martina Michels
6. Ali Al-Dailami
7. Claudia Haydt
8. Malte Fiedler
9. Marianne Kolter
10. Murat Yilmaz

Auf den weiteren Plätzen:
Sahra Mirow, Keith Barlow, Heidi Scharf, Hannes Nehls, Kathrin Flach Gomez, Fotis Matentzoglou, Anna-Maria Dürr, David Schwarzendahl, Susanne Steffgen, Florian Wilde, Camila Cirlini, Éric Bourguignon

Gute Löhne sind der wichtigste Maßstab

Soziale und ökologische Kriterien müssen bei öffentlichen Aufträgen die größte Rolle spielen

Die Eltern hätten für die Schulkantine gerne den Anbieter von nebenan engagiert, der seine Angestellten nach Tarif bezahlt und gutes Essen zubereitet. Aber die Verantwortlichen entscheiden sich für den Billiglieferranten von weit weg. In einer Kreisstadt wird nicht der örtliche Baubetrieb mit dem Bau des neuen Gemeindehauses beauftragt, sondern der Konzern mit dem Dumpingangebot aus der anderen Ecke der Republik. So läuft das viel zu oft. Und nicht immer ist es der böse Wille der Beteiligten. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gibt es jede Menge Vorschriften, die maßgeblich von der Europäischen Union gemacht werden. Europaweite Ausschreibungen sind zeitaufwendig und bringen in der Regel kaum bessere Ergebnisse als die Direktvergabe. So verhindert die EU häufig, was sinnvoll wäre: dass ortsansässige Unternehmen, die gute Qualität bieten, bei der öffentlichen Vergabe den Auftrag erhalten. Hier will DIE LINKE die bestehende Vergabepaxis ändern – das ergibt Sinn, für die Menschen und für die Umwelt.

Die EU schreibt für viele öffentliche Aufträge vor, dass sie europaweit ausgeschrieben werden müssen. Die Idee: Lukrative Aufträge sollen nicht vom Klüngel vor Ort vergeben werden und wenige sich gegenseitig begünstigen.

»Hauptsache billig« ist das falsche Motto

Ja, Korruption und Mauscheleien zu verhindern, ist richtig. Aber die Vorschriften der EU haben dabei vor allem eines in Gang gesetzt: eine Preisschlacht nach dem Motto »Hauptsache billig«. Darunter leiden die Beschäftigten in ganz Europa, die für immer niedrigere Löhne arbeiten sollen, und die Bürgerinnen und Bürger, die schlechtere Qualität geboten bekommen.

Vielen Auftraggebern kommen die Vorgaben von der EU-Ebene entgegen. Sie sparen Geld, wenn ein Unternehmen zum Billigpreis arbeitet. »Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Spielregeln der EU ökologische und soziale Prinzipien berücksichtigen müssen. Entscheidungen auf kommunaler Ebene brauchen mehr Spielraum, die Bürgerinnen und



Immer mehr Beschäftigte wehren sich gegen miese Bezahlung und Lohnrückerei

Foto: Jakob Huber

Bürger wissen oft besser, was vor Ort gebraucht wird«, sagt Özlem Demirel, die Spitzenkandidatin der LINKEN für das Europäische Parlament. Als Gewerkschafterin kennt sie sich aus: »DIE LINKE will mithilfe des Vergaberechts die Wirtschaftskreisläufe in den Regionen unterstützen und ausbauen. Die bürokratischen Hürden bei der Vergabe müssen abgebaut werden, damit gerade auch kleinere und mittlere Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zum Zug kommen. Nur so können wir verhindern, dass die großen Konzerne immer mächtiger werden und die kleinen Betriebe verdrängen.«

Ein erster Schritt ist bereits getan: Auf Druck der Europaabgeordneten musste die Europäische Kommission das Vergaberecht überarbeiten. Jetzt muss das billigste Angebot nicht mehr automatisch als das wirtschaftlichste angesehen werden. Das neue EU-Vergaberecht bietet mehr Spielräume für Bund, Länder und Kommunen, eigene Kriterien für die Vergabe festzulegen.

Die neuen Möglichkeiten reichen aber nicht aus. Weiterhin gelten eine Vielzahl bürokratischer Vorschriften. So

entschied der Europäische Gerichtshof 2008, dass Vorgaben für regionale Tariflöhne gegen europäisches Recht verstoßen. Das sogenannte Ruffert-Urteil gilt bis heute als Paradebeispiel dafür, wie die EU-Rechtsprechung soziale Grundrechte wie Tarifautonomie und Streikrecht den Freiheiten der Konzerne unterordnet.

» Wenn die EU tatsächlich auch zu einer Sozialunion werden soll, dann muss die öffentliche Hand gestärkt werden. Energienetze, Wasser- und Wärmeversorgung müssen Sache der Kommunen sein.

Gute Löhne und Umweltstandards durchzusetzen, bleibt also ein wichtiger Kampf für DIE LINKE. Kommunen und Länder dürfen nur Unternehmen zur Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen zulassen, die Tariftreue garantieren und einen Vergabemindestlohn von 12 Euro in der Stunde einhalten.

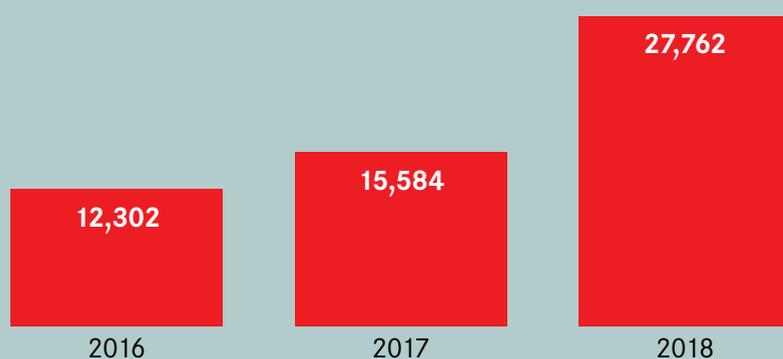
Bei der Vergabe müssen hohe Qualitätsstandards Vorrang haben. Hierfür sind weitere Fortschritte beim Vergaberecht der EU nötig. DIE LINKE wird sich im Europäischen Parlament weiter dafür einsetzen. So darf Tariftreue keine Kann-Bestimmung bleiben. Stattdessen muss die Einhaltung von Tarifverträgen verbindlich festgelegt werden.

So bleibt Wohnraum bezahlbar

»Wenn die EU tatsächlich auch zu einer Sozialunion werden soll, dann muss die öffentliche Hand gestärkt werden. Energienetze, Wasser- und Wärmeversorgung müssen Sache der Kommunen sein«, so Martin Schirdewan, Spitzenkandidat der LINKEN. Auch Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen zurück in die öffentliche Hand von Ländern und Kommunen. So kann auch ein europaweiter Pflegemindestlohn durchgesetzt werden.

Die öffentliche Hand garantiert auch, dass Wohnraum bezahlbar bleibt. »Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau in der EU und wir müssen Wohnraum dem Markt entziehen«, fordert Schirdewan. ■

Gewinnentwicklung* von Amazon in Mrd. US-Dollar



* EBITDA 2016–2018, Quelle: Macrotrends LLC

■ Jeff Bezos' Vermögen ist dieses Jahr laut Forbes auf 131 Milliarden US-Dollar angewachsen. Hoch von 112 Milliarden US-Dollar 2018.

■ Seit 2013 verweigert Amazon den Beschäftigten in Deutschland den Schutz eines Tarifvertrages.

■ Amazon hat im vergangenen Jahr auf Gewinne von 11,2 Milliarden Dollar offenbar keine Steuern gezahlt. (Spiegel Online 16.2.2019)



Konzerne zur Kasse DIE LINKE.



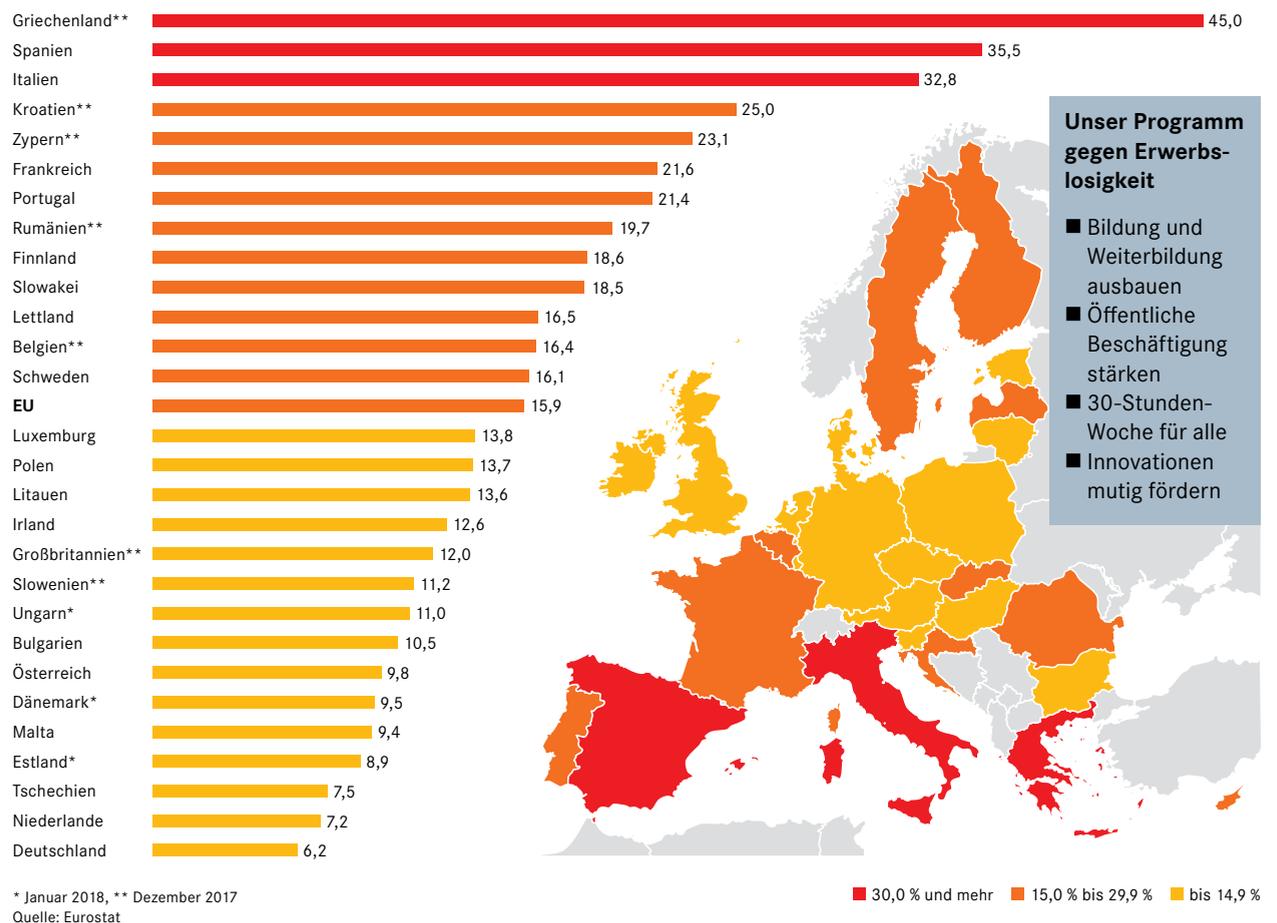
Der grenzenlose Wettbewerb des EU-Binnenmarkts setzt die Löhne unter Druck. Doch wer ein vereintes Europa will, darf die Beschäftigten nicht gegeneinander ausspielen. Deshalb will DIE LINKE einen europäischen Mindestlohn, der wirksam vor Armut schützt. Alle EU-Staaten werden dazu verpflichtet, existenzsichernde Mindestlöhne einzuführen. »Dafür müssen sie oberhalb von 60 Prozent der mittleren Verdienste in den einzelnen Ländern liegen. Für Deutschland heißt das heute: 12 Euro Mindestlohn - ohne Ausnahmen«, betont Özlem Demirel, Kandidatin der LINKEN für das EU-Parlament. »Wir brauchen auch wirksame Kontrollen für den Mindestlohn, die von den Gemüsegeldern in Griechenland und Spanien bis zu den Schlachthöfen in Deutschland reichen«, so Demirel weiter. Doch das allein reicht nicht. DIE LINKE will zudem die Mitgliedstaaten verpflichten, flächendeckende Tarifverträge zu fördern. So können alle Beschäftigten vor dem Lohndumping der Unternehmen geschützt werden. ■

Korruption bekämpfen, Lobbyisten kontrollieren

Brüssel ist die Hauptstadt der Lobbyisten. Der Verein LobbyControl schätzt die Zahl der dort tätigen Lobbyisten auf 25.000. Zusammen sollen sie über ein Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro verfügen. »Wir müssen die Lobbyisten, die in Brüssel nahezu ungestört ihrem Geschäft nachgehen, endlich schärfer kontrollieren«, fordert Martina Michels, Kandidatin der LINKEN für die Europawahl. DIE LINKE fordert deshalb verbindliche Lobby- und Transparenzregister – sowohl für die EU als auch für die Bundesrepublik. »Mit ihnen soll öffentlich gemacht werden, mit welchem Budget, in wessen Auftrag und zu welchem Thema die Lobbyisten Einfluss auf die Politik nehmen«, unterstreicht Michels. DIE LINKE will Abgeordnetenbestechung wirksam unter Strafe stellen und Spenden von Unternehmen und Lobbyisten an Parteien verbieten. Abgeordnete sollen verpflichtet werden, ihre Nebenverdienste zeitnah auf den Cent genau zu veröffentlichen. Die Europäische Union selbst muss aktiver gegen Korruption vorgehen. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau und die Stärkung der bislang noch schwachen europäischen Antikorruptionsbehörde OLAF. ■

Jugendarbeitslosigkeit gefährdet die Zukunft der EU

Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen im Februar 2018 in Prozent



Unser Programm gegen Erwerbslosigkeit

- Bildung und Weiterbildung ausbauen
- Öffentliche Beschäftigung stärken
- 30-Stunden-Woche für alle
- Innovationen mutig fördern

Job-Alarm soll Regierungen warnen

Erwerbslosigkeit: DIE LINKE will EU-Staaten zum Handeln zwingen

DIE LINKE will ein Alarmsystem für Europa. Doch der Alarm soll nicht vor Einbrechern warnen, sondern vor Krisen auf dem Arbeitsmarkt. Im Ernstfall soll ein neuer Automatismus greifen. »Ab einer Erwerbslosenquote von fünf Prozent werden Mitgliedstaaten verpflichtet, öffentliche Beschäftigungsprogramme zu starten«, erklärt Ali Al-Dailami, Kandidat der LINKEN zur Europawahl. Zudem sollen die Regierungen Schritte zur Arbeitszeitverkürzung einleiten. Al-Dailami weiß, wie wichtig ein solches Alarmsystem ist. Es würde die EU-Kom-

mission zwingen, aktiv zu werden. Da die Erwerbslosenquoten unter Jugendlichen in vielen Ländern schon jetzt dramatisch sind (siehe Grafik), fordert DIE LINKE eine »Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit«. Dafür soll mehr Geld in Bildung und Weiterbildung fließen. Sozial und ökologisch sinnvolle Innovationen will DIE LINKE massiv fördern und öffentliche Beschäftigung stärken. Zudem fordert DIE LINKE eine Europäische Arbeitslosenversicherung. »Wir wollen einen europäischen Solidarfonds, der im Krisenfall die Sozial- und Arbeits-

losenversicherung eines Landes stützt«, so Marianne Kolter, die ebenfalls zur Europawahl antritt. DIE LINKE will EU-Staaten nicht nur zum Handeln zwingen, wenn die Erwerbslosigkeit zunimmt. »Auch wenn zu viele Bürger eines Landes in unfreiwilliger Teilzeit, Leiharbeit oder im Niedriglohnsektor feststecken, sollen die Regierungen einschreiten und gute Arbeit fördern«, unterstreicht Kolter. DIE LINKE will auch verhindern, dass es überhaupt zu Krisen kommt. So sollen die wirtschaftlichen Perspektiven der Menschen vor Ort verbessert werden. ■



Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender

Europa hat in der Flüchtlingskrise versagt. Die europäische Idee stirbt aktuell täglich im Mittelmeer.

Fähren statt Frontex

Menschen nicht ertrinken lassen

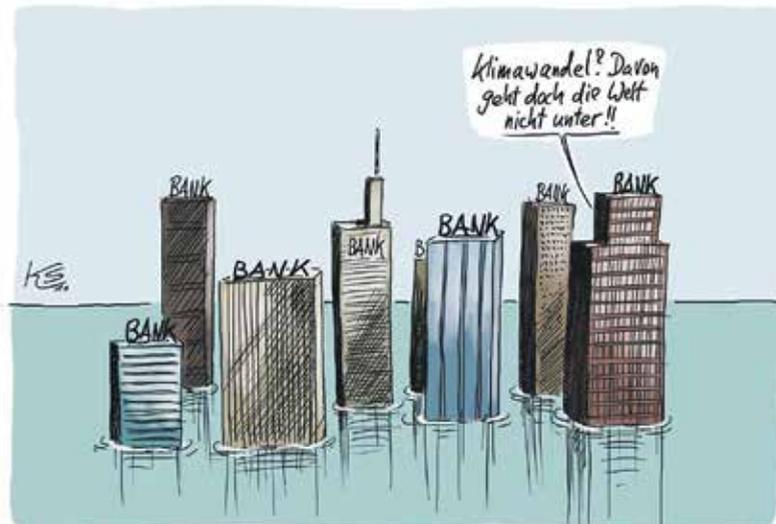
Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie. Aber die EU macht die Grenzen dicht und bekämpft die Geflüchteten – nicht die Fluchtursachen. Allein 2017 sind im Mittelmeer über 3.000 Geflüchtete ums Leben gekommen. »Europa hat in der Flüchtlingskrise versagt. Die europäische Idee stirbt aktuell täglich im Mittelmeer«, kritisiert Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag. Was Bundesregierung und EU immer ausblenden: Fluchtursachen hängen mit Kriegen und Bürgerkriegen zusammen, die mit europäischen Waffen vorangetrieben werden. Und sie sind ein Ergebnis der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Die EU verschärft diese Ungleichheit noch, indem sie afrikanische Bauern mit

subventionierten Agrarexporten in den Ruin treibt. Auch die ersten Opfer des Klimawandels, für den die EU-Staaten mitverantwortlich sind, leben in den Entwicklungsländern. Cornelia Ernst, Kandidatin der LINKEN für die Europawahl, stellt klar: »Seebrücken und Fähren statt Frontex! Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU, Familiennachzug muss möglich sein.« DIE LINKE will zudem einen »Europäischen Fonds für Willkommenskommunen«, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und zugleich aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft. Städte und Kommunen, die ihre Infrastruktur für alle verbessern wollen, können dafür Mittel aus dem Fonds beantragen. ■

Systemwandel gegen Klimawandel

Wer die Welt retten will, muss die Wirtschaft umbauen

Noch können wir den Klimawandel stoppen! Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen wir unsere Wirtschaft grundlegend umbauen. Der Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen muss massiv gesenkt werden – bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990. Das ist machbar. »Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die auf erneuerbaren Energien basiert und regionale Kreisläufe stärkt«, erklärt Malte Fiedler, Kandidat der LINKEN zur Europawahl. DIE LINKE kämpft für ein besseres Verkehrssystem – ohne verstopfte Straßen und defekte Züge. »Wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr, der besser und ticketlos ist. Städte und Gemeinden, in denen es Spaß macht, Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen«, so Fiedler. DIE LINKE will Transporte auf die Schiene bringen und eine Öko-Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen produziert. »Technologisch wäre ein sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft möglich. Auch das Geld für die Investiti-



Karikatur: Klaus Stuttmann

onen ist da. Der Wandel darf nicht an der Profitgier der Konzernbosse scheitern, betont Fiedler. Die großen Energiekonzerne sind faktische Monopole, deshalb will DIE LINKE sie vergesellschaften. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort

beginnen und 2030 abgeschlossen sein. In den Kohleregionen sollen neue Arbeitsplätze entstehen. DIE LINKE steht dabei an der Seite von Gewerkschaften und Kommunen, wenn sie in Brüssel und Berlin Hilfen für den Umbau fordern. ■

Waffenexporte stoppen, Aufrüstung beenden

Waffen schaffen keinen Frieden. Trotzdem liefern Deutschland und andere EU-Staaten Waffen an kriegführende Länder wie Saudi-Arabien. »Die EU hat sich zwar auf Regeln für Waffenexporte geeinigt, diese Regeln werden jedoch missachtet«, kritisiert Claudia Haydt, die in der Friedensbewegung aktiv ist und für DIE LINKE kandidiert. DIE LINKE fordert den sofortigen Stopp aller Rüstungsausfuhren und Strafen für EU-Staaten, die die Vorschriften missachten. Sie wendet sich gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa, fordert die Auflösung der EU-Battlegroups und der EU-Verteidigungsagentur. Sie wendet sich gegen die Gründung einer europäischen Armee. DIE LINKE will Alternativen für die Beschäftigten im Rüstungssektor. Die EU-Rüstungsagentur soll durch eine Abrüstungsagentur ersetzt werden. »Unser Investitionsprogramm umfasst auch Mittel für den zivilen Umbau der Rüstungsindustrie. Wir lassen die Beschäftigten nicht im Regen stehen«, erklärt Murat Yilmaz, der ebenfalls als Kandidat für DIE LINKE antritt. ■

Auszubildender	Schutz, fürsorgliche Aufsicht	Stadt im US-Staat Washington	großes Gefäß, Becken	ordnen, festlegen	feuchter Wiesengrund	Speiseraum für Studenten	Gewerkschaft	Brillenschlange				
Vorname ermordeter dt. Politikerin		1	LINKER Politiker				3					
gefährliches Wagnis			9				lieb-reizend, graziös	Wunder				
mittelasiat. Fürstentitel			veraltet: Land-polizist									
Signalhorn (ugs.)			Hast		ägyptische Halbinsel							
	4		Gemahlin Lohengrins			Hinder-nis	in gerader Richtung	7				
Dichtungs-, Klebmaterial	Flachs, Faser-pflanze		8		Säuge-tier-ordnung	Tanz auf Hawaii						
		11	Segel-befehl		Schiff-fahrts-kunde							
Sinnesorgan	Spaß machen, scherzen	Wiederein-gliederung Kranker (Kurzwort)				10	unbe-stimmter Artikel					
			Schul-tasche, Schul-mappe	Kehle								
Teil der Treppe	Haupt-stadt von Tibet	blutstillendes Mittel			nordi-sche Währungs-einheit	5	früherer dt. Städte-bund	tierisches Milchorgan				
Abk. für Landeskriminalamt			Laub-baum		gälischer Name Irlands							
fromme Gestalt bei W. Busch					Brat-raum im Herd		Platz, Stelle	griechische Göttin				
	6		kand-idierte Frucht-schale				2					
Roman von Émile Zola	Rand eines Gewässers				Beste, Siegerin			12				
Vorfahr			eng-lisch: neu			zähflüs-siges Kohle-produkt						
Lösungs-wort:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Gewinnen Sie mit der LINKEN

Sie wollen Europa bereisen, ohne das Klima zu belasten? Nichts einfacher als das! Lösen Sie einfach das folgende Kreuzworträtsel und schicken die Lösung an uns.



- 1. Preis:** Zwei Interrail-Tickets 1. Klasse – gilt für 10 Reisetage in 2 Monaten
- 2. Preis:** »nd am Wochenende« Wochenendausgabe mit Digital-Abo für ein Jahr. (www.neues-deutschland.de)
- 3. Preis:** Fair produzierter Reisetrolley von Vaude samt Reiseführer Europa
- 4. bis 10. Preis:** Jahresabo unserer Mitgliederzeitschrift DISPUT (www.die-linke.de/disput)
- 11. bis 100. Preis:** Eine Ausgabe des Disputs

Die Teilnahme am Gewinnspiel ist für alle möglich, ausgenommen Mitarbeiter der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinner sind der Rechtsweg und Barauszahlung ausgeschlossen.

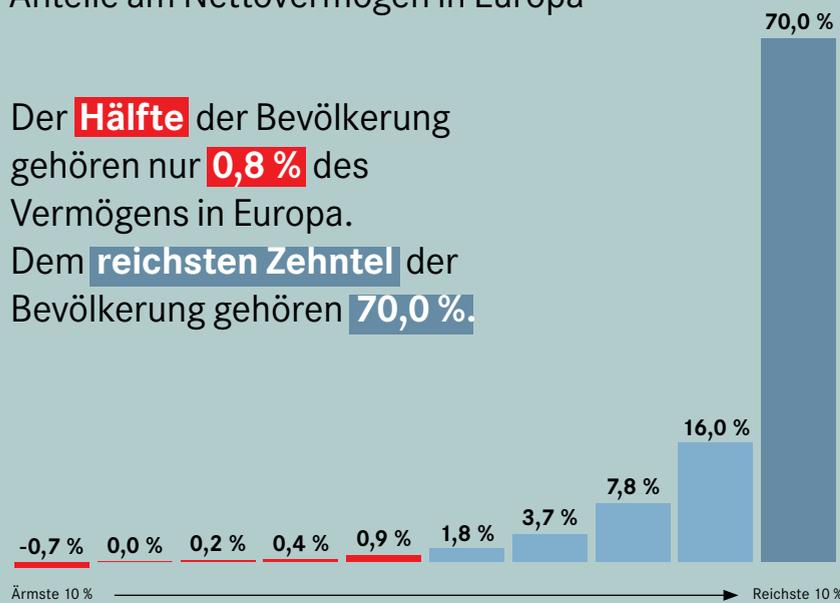
Die Lösung des Kreuzworträtsels bitte bis zum 31. Mai 2019 senden an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder per E-Mail an gewinnen@die-linke.de.

Alle Teilnehmenden stimmen zu, nach Ermittlung der Gewinnerinnen und Gewinner eine Benachrichtigung zu erhalten, ob sie gewonnen haben oder nicht. Zum Zwecke der Benachrichtigung bitten wir auch bei postalischer Antwort um die Angabe einer E-Mail-Adresse. Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung, zum Zwecke der Benachrichtigung aller Teilnehmenden nach Abschluss des Kreuzworträtsels verarbeitet und nach Benachrichtigung vollständig gelöscht. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz.

Gewusst? So ungleich ist das Vermögen verteilt.

Anteile am Nettovermögen in Europa

Der **Hälfte** der Bevölkerung gehören nur **0,8 %** des Vermögens in Europa. Dem **reichsten Zehntel** der Bevölkerung gehören **70,0 %**.



Quelle: Credit Suisse Global Wealth Databook 2018

Das will **DIE LINKE**.

- Gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und für Spitzeneinkommen
- EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen
- Kampf gegen Steuerflucht verschärfen



Sahra Wagenknecht,
Fraktionsvorsitzende

Wir akzeptieren nicht, dass große Konzerne Milliardengewinne machen und kaum Steuern zahlen, während die Armut wächst.

Konzerne sollen Steuern zahlen!

DIE LINKE will Schlupflöcher für Amazon, Google & Co. schließen

DIE LINKE sagt Konzernen und Superreichen den Kampf an. »Wir akzeptieren nicht, dass große Konzerne Milliardengewinne machen und kaum Steuern zahlen, während die Armut wächst«, unterstreicht Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag. DIE LINKE fordert deshalb einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen. »Wir brauchen gemeinsame Standards für die Besteuerung großer Vermögen und für Spitzeneinkommen. Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden: Durch automatische Meldepflichten für Banken, Kapitalverkehrskontrollen und die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren«, so Wagenknecht.

Ein besonderes Ärgernis sind Digitalkonzerne wie Amazon oder Google. Sie zahlen in der EU im Schnitt gerade mal 9 Prozent Steuern auf ihre Profite, während andere Unternehmen 23 Prozent zahlen. Die EU-Staaten verlieren dadurch Milliarden Euro. DIE LINKE fordert, dass Abschreibungsregeln und Steuergutschriften EU-weit einheitlich geregelt werden. So können Digitalkonzerne nicht tricksen. Profite müssen in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzerinnen und Nutzer die Digitaldienste abrufen.

Um Steuertricks von Konzernen zu unterbinden, will DIE LINKE die Steuern direkt »an der Quelle« erheben lassen. Banken, die in Steueroasen schmutzi-

ge Geschäfte machen, ist die Lizenz zu entziehen. Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug sind kriminell und müssen bestraft werden. »Konzerne sollen wichtige Angaben wie Gewinn, bezahlte Steuern, Umsätze und Beschäftigte transparenter machen. Zudem müssen die tatsächlichen Eigentümer von Briefkastenfirmen, Stiftungen und Immobilien in einem öffentlichen Register erfasst werden«, erläutert Sahra Wagenknecht. DIE LINKE will zudem den Hochfrequenzhandel an der Börse ausbremsen. Deshalb drängt DIE LINKE auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent, die schädliche Spekulation eindämmt, ohne wichtige Investitionen auszubremsen. ■

Ich will Partei ergreifen!

Ich will DIE LINKE aktiv unterstützen

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen, entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung, zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

linksaktiv.de



Wir brauchen Dich!

Gemeinsam werden wir unsere Forderungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu den Menschen bringen und im eigenen Kiez, im Betrieb oder im Kleingartenverein das Gesicht der LINKEN sein. Sei Du der Stein, der eine Lawine auslöst und andere zum Mitmachen motiviert. Melde Dich an und lade Freund*innen und Bekannte ein, DIE LINKE im Wahlkampf zu unterstützen.

www.linksaktiv.de

DIE LINKE.

JETZT SPENDE
Für ein solidarisches Europa.

DIE LINKE. Parteivorstand
Berliner Volksbank eG
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00, BIC: BEVODEBB
Kennwort: **Spende**
Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen Namen, Vornamen und die Anschrift an. Deine Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir gern Spendenbescheinigungen aus.

Impressum:

Herausgeberin: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
V.i.S.d.P. Jörg Schindler (Bundesgeschäftsführer)
Konzept: BBGK Berliner Botschaft, Druck: Eversfrank Berlin
Foto Seite 1: Uwe Völkner, Fotoagentur FOX

Parteiivorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24 00 99 99, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de